

Jahresrundschriften 2023

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

das vergangene Jahr 2023 hat für die Versorgungseinrichtung eine örtliche Veränderung gebracht:

Nach 60 Jahren am Standort Balduinstraße in eigener Immobilie erfolgte im Juni dieses Jahres der geplante Umzug in die Schönbornstraße 10, Nähe Bahnhof Trier. Hier bezog die VE als Mieter gegenüber der Bezirksärztekammer die oberste Etage eines eigens errichteten Neubaus im KfW 40 Standard. Die Mitarbeiter der VE freuen sich, bei Beratungsbedarf in Renten- oder sonstigen Angelegenheiten auf Ihren Besuch. Der Mietvertrag wurde auf 10 Jahre abgeschlossen und bedeutet nun örtliche Stabilität für die nächsten Jahre.

In wirtschaftlicher Hinsicht war das Jahr dagegen weniger stabil.

Deutschland befindet sich in einer Rezession. Ulrich Kater, Chef-Volkswirt der DEKA Bank, schreibt in einem Beitrag für die FAZ, weder sei die Rezession tief, noch zeichne sich ein neuer Aufschwung ab. Wir hätten es mit einer undefinierbaren Seitwärtsbewegung der Konjunktur zu tun, nicht Fisch, nicht Fleisch.

Die Inflationsraten waren in den letzten Monaten zwar im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig, im November lag die Inflationsrate nur noch bei 3,2 %, im Wesentlichen aufgrund der gefallen Energiekosten und der Basiseffekte. Doch die Preise bleiben weiter hoch, und für die meisten von uns ergibt sich real ein Kaufkraftverlust. Den können weder Lohn- noch Rentensteigerungen ausgleichen.

Die Deutsche Rentenversicherung DRV hat in diesem Jahr die Renten um 4,39% erhöht. Die Prognosen für das nächste Jahr bewegten sich zunächst bei Werten zwischen 5 und 6 %, zwischenzeitlich wurden sie jedoch von der Realität eingeholt und liegen nur noch bei 3,5%.

Angesichts der erforderlichen hohen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt von 100 Mrd. Euro, dessen Finanzierung in diesen Tagen ebenfalls unklar ist, ist diese Prognose immer noch gewagt.

Die Babyboomer gehen in Rente, das spüren auch wir in der Versorgungseinrichtung, der Fachkräftemangel verschärft sich und eine gesteuerte Zuwanderung müsste diesen Effekt auffangen.

Nach Schätzung der Deutschen Industrie- und Handelskammer sind in Deutschland ca. 1,8 Mio. Stellen unbesetzt, entsprechend einem Verlust an Wertschöpfung von ca. 90 Mrd. Euro oder 2% des Bruttoinlandsproduktes.

Die DRV selbst geht auch davon aus, dass die demographische Belastung bis 2040 zunimmt. Die aktualisierten Zahlen legen aber nahe, dass dieser Anstieg nicht stärker ausfallen werde als in der Vergangenheit. Gründe dafür seien einerseits, dass der Anstieg der Lebenserwartung sich verlangsame und andererseits die bereits erwähnte Zuwanderung von Arbeitskräften. Diese Aussagen werden sich in der Zukunft an der Realität messen lassen müssen.

Der geplante Kapitalstock für den Aufbau einer Aktienrente ist weiterhin erst in Planung und die vorgesehenen 10 Mrd. Euro sind bereits, wahrscheinlich frühzeitig, dem Nachtragshaushalt zum Opfer gefallen.

Das vergangene Jahr 2022 war für die VE erfolgreicher als gedacht und konnte bei den Kapitalanlagen mit einer Nettorendite von 4,32% abgeschlossen werden. Damit waren wir auf Beschluss der Hauptversammlung vom Juni in der Lage, neben der Dotierung der Sicherheitsrücklagen und der Biometriereserve, eine Dynamisierung von Renten- und Anwartschaften zum 1.1.2024 in Höhe von 3 % vorzunehmen.

Freiwerdendes Kapital wurde im Wesentlichen im Anleihebereich platziert zu einem Zinssatz zwischen 4,2% und 5,2 %, also weit über Rechnungszins.

Sämtliche Risikocontrollinginstrumente, die in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde, des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz und aus eigenem Risikobewusstsein eingesetzt wurden, bescheinigen uns eine hohe Risikotragfähigkeit. Ein Stresstest, der gemäß den Richtlinien unserer Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen erfolgte und in dem verschiedene finanzielle Stressszenarien vorgegeben wurden, wurde, wie auch in den vorangegangenen Jahren, sicher bestanden.

Finanzielle Probleme bereitet uns weiterhin die höhere Quote an Immobilieninvestitionen, sei es in Bestandsimmobilien oder Projektentwicklungen im Neubaubereich.

Der Immobilienmarkt leidet stark unter der derzeitigen Krise, die großen Wohnungsbaukonzerne kommen nicht aus den Schlagzeilen und bauen Schulden durch Verkauf ihres Portfolios ab.

Viele Bauträger haben bereits Konkurs angemeldet, Baumaßnahmen in teils zweistelliger Milliardenhöhe wurden gestoppt.

Insgesamt werden Immobilienprojekte im voraussichtlich dreistelligen Milliardenbereich nicht mehr realisiert werden.

Hier hat die Inflation nicht wie in früheren Zeiten zu einer Preissteigerung von Immobilien, sondern zu einem Preisverfall geführt.

Die Wohneigentumsquoten liegen in Europa häufig zwischen 70-90%, in Deutschland liegen sie unter 50%. Dabei wäre schuldenfreies Wohneigentum ein gutes Mittel, die Rentenkassen zu entlasten.

Dass die erforderlichen und auch geplanten 400 000 neuen Wohnungen im nächsten Jahr gebaut werden, glaubt derzeit niemand.

Für unsere Versorgungseinrichtung bedeutet die Nichtrealisierung geplanter Bauprojekte und die erforderliche energetische Sanierung der Bestandsobjekte in den Fonds, um diese nach Ablauf der Laufzeit auch wieder veräußern zu können, einen Verlust an Rendite im laufenden Jahr 2023.

Der erforderliche Rechnungszins von 2,9 % wird möglicherweise nicht erreicht werden. In diesem Fall können wir auf unsere Sicherheitsrücklagen zurückgreifen, wären dann aber im kommenden Jahr nicht in der Lage, Renten und Anwartschaften zu dynamisieren.

Auch vor diesem Hintergrund wurde in der Hauptversammlung am 29.11.23 eine Satzungsänderung die Kinderzulage für Altersrentner betreffend (nicht für Berufsunfähigkeitsrentner, nicht die Waisenrente betreffend) beschlossen.

Die Satzungsbestimmungen zur Kinderzulage sind in §14 Absatz 2 Buchstabe c), §14 Absatz 5 und §15 Absatz 6 geregelt.

Die Höhe dieser Leistung orientiert sich an der zugrunde liegenden Rente. Sie beträgt 40% der maßgeblichen Rente, höchstens jedoch das 19-fache der Rentenbemessungsgrundlage.

Bei gleichbleibender Kinderzulage ergäbe sich ein Finanzierungsbedarf von ca. 15 Mio. Euro. Nach eingehender Diskussion in Verwaltungsrat und Hauptversammlung wurde beschlossen, mit einer Übergangsfrist voraussichtlich ab dem 1.1.2027 die Kinderzulagen für Altersrentner auf 10% der maßgeblichen Altersrente zu kürzen.

Sollten Sie dazu konkrete Fragen haben, wenden Sie sich gerne an die Mitarbeiter der Verwaltung.

In diesem Jahr wurde ein neuer Rentnerausweis eingeführt. Die bislang erstellten laminierten Papierausweise wurden mittels Kartendrucker durch eine Plastikkarte abgelöst, die weiterhin nur in Verbindung mit dem Personalausweis genutzt werden kann. Sollten Sie als „Bestandsrentner“ einen neuen Ausweis wünschen, melden Sie sich bitte.

Für 2024 ist eine Modernisierung unseres Internet Auftritts geplant. Spätestens zum nächsten Jahresrundsreiben hoffen wir, dieses auf einer neuen benutzerfreundlicheren Homepage präsentieren zu können.

Zum Schluss bleibt es mir nur Danke zu sagen, unseren Mitarbeitern der Versorgungseinrichtung sowie den Gremienmitgliedern in Verwaltungsrat und Hauptversammlung, die unsere Selbstverwaltung erst möglich machen, keine Selbstverständlichkeit in Zeiten von Fachkräftemangel und rückläufigem Engagement im Ehrenamt.

Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein gesegnetes, frohes Weihnachtsfest und ein friedliches, glückliches und gesundes Jahr 2024

Dr.med. Christina Schneider M.A.